

# profil: . GRÜN

DEZEMBER 2011

RECHTSEXTREMISMUS

INDUSTRIEPOLITIK, ABER RICHTIG!

**EURO UND EUROPA**

THEMA: EUROPA

  
**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

# profil: GRÜN

DEZEMBER 2011 | EUROPA

## EDITORIAL Seite 3

Jürgen Trittin

## DEN EURO UND EUROPA RETTEN Seite 4

Priska Hinz, Manuel Sarrazin, Dr. Gerhard Schick

## RECHTSEXTREMISMUS Seite 10

Renate Künast und Jürgen Trittin

## GRÜN UND BUNT Seite 14

## INDUSTRIEPOLITIK, ABER RICHTIG! Seite 16

Fritz Kuhn

## PORTRÄT: DOROTHEA STEINER Seite 18

## GRÜN BEWEGT Seite 20

### IMPRESSUM

#### Herausgeberin:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin,  
TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

V.i.S.d.P.: Nina Lösche

Redaktion: Gisela Hüber, Ute Köhler, Sibylle Kraut-Eppich,  
Herta Parchent, Benjamin Winter

Gestaltung: WE DO communication GmbH GWA

#### Titelbild: laif

Druck: möller druck und verlag gmbh

Auflage: 84.000, erscheint auch als Anzeige im „schrägstrich“

Redaktionsschluss: 25.11.2011

Papier: 90 g Revive Pure

profil:GRÜN erscheint viermal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.



**GEMEINSAM FÜR EIN  
GRÜNES SOLIDAR- UND  
WIRTSCHAFTS-EUROPA!**

## LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

die Schuldenkrise hält ganz Europa in ihrem Bann. Die schwarz-gelbe Koalition mit einer zaudernden Kanzlerin an der Spitze hat sich als krisenuntauglich erwiesen. Erst wenn der Druck zu groß wird, macht sie sich scheinbar schrittweise unsere Forderungen zu eigen. Der Schuldenschnitt für Griechenland erwies sich als ebenso unumgänglich wie die Abwehr der Spekulation gegen Italien und Spanien. Auch den Plan zur Rekapitalisierung der europäischen Banken, die Einführung eines dauerhaften Rettungsschirms und einer Finanztransaktionssteuer hat sie am Ende akzeptiert. Doch die späten Einsichten verlängern unnötig die Krise und kosten Europas Steuerzahler viel Geld. Europa muss jetzt zu einer gemeinsamen Finanz- und Wirtschaftspolitik und einer einheitlichen Linie in der Sozialpolitik finden. Mehr Europa ist für alle der richtige Weg.

In Deutschland treibt uns in diesen Tagen noch eine ganz andere Sorge um: Wie konnte ein Trio von Rechtsradikalen über Jahre hinweg systematisch morden und andere Verbrechen begehen? Der leichtfertige bis ignorante Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit diesen Verbrechen erschüttert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat. Eine rückhaltlose Aufklärung sind wir den Opfern, ihren Angehörigen und der ganzen Gesellschaft schuldig. Wie groß das Netzwerk von MitwisserInnen und UnterstützerInnen war, ist noch nicht absehbar. Die Gefahr vom rechten Rand wurde offensichtlich grob unterschätzt und verharmlost – eine grundlegende Neubewertung ist geboten, mit allen Konsequenzen, um dem braunen Terror Einhalt zu gebieten.

Zuletzt ein Hinweis in eigener Sache. Die grüne Bundestagsfraktion präsentiert sich neu. Diese profil:Grün ist Vorbote eines umfassenden Relaunchs aller unserer Medien. Denn die Zeiten ändern sich, die neuen Medien spielen eine große Rolle. Unsere Kommunikation soll dem Rechnung tragen und klarer transportieren, wofür wir Grüne schon immer stehen: geballten Inhalt, Transparenz, Bürgernähe und Grün satt!

Herzlich

IHR JÜRGEN TRITTIN

# BEWÄHRUNGSPROBE FÜR EUROPA: DEN EURO UND EUROPA RETTEN



Die Rettung des Euro und der gefährdete Zusammenhalt der Europäischen Union halten uns seit geraumer Zeit in Atem. Unzählige Krisengipfel und Sondersitzungen waren nötig, um Griechenland, Irland oder Portugal vor dem Abgrund zu bewahren. Es galt die Ansteckung anderer Länder zu verhindern und eine Kernschmelze im Finanzsystem abzuwenden. Die erforderlichen Summen wurden immer atemberaubender, immer neue Krisengipfel mussten anberaumt werden. Aus zunächst einmaligen Hilfen ist inzwischen ein dauerhafter Krisenmechanismus geworden.

Zweifellos: Europa befindet sich in einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise. Statt einfacher Antworten überwiegen viele offene Fragen. Ist Europa das Eingehen von Risiken in Milliardenhöhe wirklich wert? Wie funktionieren die Rettungsschirme und wirken die Maßnahmen überhaupt? Wer zahlt am Ende die Kosten? Nicht immer ist klar, ob die Politik überhaupt handlungsfähig oder nur noch Getriebene der Märkte ist. Auch wir Grüne müssen uns unbequemen Fragen stellen: Warum kritisieren wir die Krisenpolitik der Bundesregierung, stimmen aber fast allen Rettungsmaßnahmen zu? Viele Menschen sind tief verunsichert, sie sorgen sich um die Zukunft, ihre Ersparnisse, ihren Arbeitsplatz. Viele haben das Vertrauen in die Lösungskompetenz der Politik verloren. Auch wir suchen nach Antworten, ringen um die richtigen Lösungen. Welcher Weg ist verantwortbar? Welche Maßnahme ist das kleinere Übel?

**VON EINEM SIND WIR JEDOCH FEST ÜBERZEUGT:  
EUROPA IST ALLE MÜHE WERT!**

## GARANT FÜR FRIEDEN UND WOHLSTAND

Europa prägt unser Leben, wir erleben es täglich. Wir reisen, ohne den Pass vorzuzeigen oder Geld umzutauschen. Wir lernen, studieren und arbeiten uneingeschränkt in London, Rom oder Warschau. Ob bei zivilgesellschaftlichem Engagement, in der Politik oder der Geschäftswelt, ob in Behörden oder Kultureinrichtungen – wir vernetzen uns von Lissabon bis Nikosia, von Helsinki bis Valletta, um grenzüberschreitend Lösungen zu finden. Lösungen für Probleme, die uns alle betreffen und die heute kein Staat mehr alleine bewältigen kann.

**NUR MIT EINER STARKEN EUROPÄISCHEN UNION  
KÖNNEN WIR ERFOLGREICH SEIN.**

Es braucht das Gewicht aller 27 Staaten, um in einer globalisierten Welt überhaupt Einfluss nehmen zu können. Um bedeutend zum Kampf gegen Klimawandel, Hunger und Armut oder zur Bewältigung der globalen Finanzkrise beizutragen. Nur gemeinsam kann die EU Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus gewähren oder eine menschenwürdige Migrations- und Flüchtlingspolitik umsetzen. Die EU ist der größte Binnenmarkt weltweit und vor allem für Deutschland von immenser Bedeutung. 60 Prozent der deutschen Exporte gehen heute in andere EU-Mitgliedstaaten. Doch auch der bewusste Blick in die Ver-

EU-Jubiläumsfeier, Quelle: picture alliance

gangenheit lohnt: Die Europäische Union ist und bleibt ein weltweit beispielloses Friedensprojekt. Wir leben in Frieden, Wohlstand, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Wenn die europäische Staatsschuldenkrise nicht überwunden wird und die Eurozone auseinanderbricht, stehen all diese Errungenschaften auf dem Spiel.

## EXISTENZIELLE BEWÄHRUNGSPROBE

Seit dem Jahr 2007 stecken wir nun in einer globalen Weltwirtschaftskrise. Sie ändert allerdings ihren Charakter und ihr Erscheinungsbild: Zunächst wackelten die Banken, man sprach von einer Finanzkrise. Später kamen einige Industrieunternehmen in Schwierigkeiten, die Konjunktur brach ein und die Arbeitslosigkeit stieg – eine Wirtschaftskrise. Jetzt wackeln Staaten in Europa und es ist die Rede von einer Staatsschulden- und Eurokrise. Es bleibt aber letztlich ein und dieselbe Weltwirtschaftskrise. Derzeit stellt sie insbesondere Europa und den Euro vor eine existenzielle und die wohl härteste Bewährungsprobe seit ihrem Bestehen.

In Griechenland wurde die Eurokrise zuerst sichtbar. Das Land hatte jahrelang über seine Verhältnisse gelebt und einen Schuldenberg angehäuft, den es nun nicht mehr bedienen kann. Irland hingegen hatte einen aufgeblähten, sehr gering regulierten Bankensektor und eine überbordende Immobilienblase – beide gemeinsam brachen in der Finanzkrise zusammen. Erst durch die Bankenrettung explodierten dort die Staatsschulden.

## IM EINZELNEN UNTERSCHIEDEN SICH DIE PROBLEMLAGEN DER LÄNDER ALSO. ES GIBT JEDOCH WESENTLICHE GEMEINSAME URSACHEN DER DERZEITIGEN KRISE.

Das sind eine zu hohe Verschuldung der einzelnen Länder, eine mangelhafte Regulierung der Finanzmärkte und das Fehlen einer gemeinsamen Haushalts- und Finanzpolitik in der Europäischen Union.

Griechenland hat in den letzten Jahren eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung vermissen lassen. Gleichzeitig hat eine fehlerhafte Finanzmarktregulierung die Aufnahme von Schulden sehr attraktiv gemacht. Das Land konnte deshalb seine strukturellen Probleme lange Zeit durch günstige Kredite verdecken – bis Investoren während der Finanzkrise plötzlich sehr kritisch wurden. Anfang 2010 stiegen die Zinsen für Griechenland am Kapitalmarkt so stark an, dass eine Refinanzierung für die Griechen quasi unmöglich wurde. Die EU-Staaten haben sich daraufhin im Mai 2010 geeinigt, dass

einzelne Mitgliedsländer Griechenland – unter Reformauflagen – Kredite zur Verfügung stellen.

## EURO-RETTUNGSSCHIRM STELLT BEDINGUNGEN

In einem nächsten Schritt wurde am 7. Juni 2010 die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) gegründet. Der sogenannte Euro-Rettungsschirm. Die EFSF leiht sich am Markt Geld, wenn ein Land unter den Rettungsschirm schlüpft. Das am Markt geliehene Geld reicht die EFSF dann als Kredit an dieses Land weiter. Dabei garantieren die Länder der Eurozone dafür, dass dieses Geld auch wieder zurückgezahlt wird.

**BEI DEM RETTUNGSSCHIRM GILT DAS PRINZIP: HILFE IN FORM VON KREDITEN GIBT ES NUR, WENN DAS HILFE SUCHENDE LAND SEINEN HAUSHALT IN ORDNUNG BRINGT UND SEINE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT DURCH REFORMEN STÄRKT.**

Jedes Hilfsprogramm ist mit einem Anpassungsprogramm verbunden, das Vorgaben zu Steuererhöhungen, Ausgabenkürzungen und Strukturreformen beinhaltet. Diese Anpassungsprogramme werden von der Troika, bestehend aus IWF, EZB und EU-Kommission, gemeinsam mit dem betroffenen Land ausgearbeitet. Die Auszahlung der einzelnen Hilfst tranchen ist an die Einhaltung der Reformziele gekoppelt.

Zunächst hat Deutschland im Rahmen der EFSF für maximal 123 Milliarden Euro garantiert. Am 29. September 2011 hat der Bundestag eine Erhöhung dieser Garantiesumme auf 211 Milliarden Euro beschlossen. Insgesamt haben die Euro-Länder Gewährleistungen von 779 Milliarden Euro abgegeben. Die EFSF hat jedoch nur ein tatsächliches Ausleihvolumen von 440 Milliarden Euro, da sonst ihr Triple-A-Rating gefährdet wäre. Davon ist bis heute allerdings nur ein Bruchteil vergeben worden. Bisher haben Portugal und Irland Kreditzusagen in Höhe von 48,5 Milliarden aus der EFSF erhalten. Da es aber noch keine Ausfälle gibt, heißt das, dass der deutsche Haushalt bislang nicht belastet wurde. Gezahlt hat Deutschland also an die Krisenstaaten noch nicht, vielmehr handelt es sich um Kredite, für die die Krisenstaaten Zinsen zahlen.

Ebenfalls am 29. September 2011 hat der Bundestag einer Erweiterung der Instrumente des Rettungsschirmes zugestimmt. Zukünftig kann der Rettungsschirm nicht nur Kredite an bedürftige Staaten vergeben. Er kann auch



Anleihen am Sekundärmarkt aufkaufen sowie Kredite zur Rekapitalisierung von Banken und vorsorgliche Kreditlinien zur Verfügung stellen. Diese neuen Instrumente sind wichtig, um das Übergreifen der Krise von einem Land auf andere eindämmen zu können.

## NICHT AM PARLAMENT VORBEI

Mit der Ertüchtigung der EFSF wurde auch die Beteiligung des Parlaments, also die demokratische Kontrolle gestärkt. Zukünftig entscheidet das Plenum über die grundlegenden Fragen, beispielsweise, ob ein Land unter den Rettungsschirm kommt oder in welcher Höhe Gewährleistungen übernommen werden. Der Bundestag weiß auch, dass es Fälle besonderer Eilbedürftigkeit oder Vertraulichkeit gibt, die schnelleres oder geheimes Handeln erfordern. Er ist dafür gerüstet. Auch in Eilfällen kann so schnell entschieden werden, ohne das Parlament außen vor zu lassen. Und wo Vertraulichkeit geboten ist, ist auch die gewährleistet. Denn Hilfsmaßnahmen wie beispielsweise Ankäufe auf dem Sekundärmarkt können ihre Wirkung verlieren, wenn durch Bekanntwerden der Höhe oder des Eingriffzeitpunktes dagegen spekuliert wird.

**MIT DER BESCHLOSSENEN PARLAMENTS BETEILIGUNG GEHEN WIR WEIT ÜBER DIE MINDESTANFORDERUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTES HINAUS.**

## HEBEL IST NÖTIG

Der Euro-Gipfel am 26. Oktober 2011 hat ein weitgehendes Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht. Es umfasst einen Schuldenschnitt für Griechenland in Höhe von 50 Prozent. Damit soll es dem Land ermöglicht werden, bis 2020 die Schuldenstandsquote auf 120 Prozent seines Bruttoinlandsproduktes zu reduzieren. Um die Banken in Europa robuster zu machen, müssen diese bis Ende Juni 2012 eine Kernkapitalquote von neun Prozent aufweisen. Die Staaten verpflichten sich zu verstärkten Anstrengungen, um ihre Haushalte zu konsolidieren. Und schließlich wurde beschlossen, die Mittel des Rettungsschirmes zu „hebeln“.

Was machte diese „Hebelung“ notwendig? Die Gewährleistungssumme des Rettungsschirmes ist zu klein, um Volkswirtschaften wie Italien oder Spanien, sollten diese weiter unter Druck geraten, zu stützen und Spekulation gegen diese Länder abzuwehren. Deshalb ist eine Stär-

kung der Handlungsfähigkeit des Rettungsschirmes durch einen Hebel richtig. Deutschlands Garantiesumme bleibt auch bei einer Hebelung gleich, nämlich bei 211 Milliarden Euro. Mit der Vergrößerung des Rettungsschirmes durch einen Hebel verändert sich aber das Risikoprofil des Euro-Rettungsschirmes: Tritt der Fall ein, dass ein Land einen Kredit nicht zurückzahlt, steigt durch eine Hebelung das Verlustrisiko.

**DAHER HABEN WIR GRÜNE GEFORDERT, DASS IM PLENUM UND NICHT NUR IM HAUSHALTAUSSCHUSS ÜBER DIESE HEBELUNG ABGESTIMMT WIRD.**

Die Regierungskoalition hat dies zunächst abgelehnt, ist unserer Forderung aber schlussendlich nachgekommen. Die genaue Ausgestaltung der Hebelung muss dennoch kritisch begleitet werden.

Die Gipfelbeschlüsse vom Oktober waren ein wichtiges Signal, sie müssen konsequent umgesetzt werden. Auch sollte der dauerhafte Rettungsschirm ESM früher in Kraft treten als Mitte 2013. Wir Grüne unterstützen diesen Rettungsschirm, weil er gegenüber der EFSF eine wesentliche Neuerung bringt: die Grundlage für eine geordnete Insolvenz. Also: Kredite werden nur dann vergeben, wenn der notleidende Euro-Staat seine Schulden auch tatsächlich tragen kann. Ist ein Land nicht dazu in der Lage, muss es den Schuldenstand zuerst auf ein tragfähiges Niveau reduzieren. Und zwar durch einen teilweisen Verzicht der privaten Gläubiger.

**MANCHES RICHTIG, ABER IMMER ZU SPÄT**

Viele fragen sich – und uns, warum wir mit der Bundesregierung stimmen, obwohl wir deren Krisenpolitik massiv kritisieren. Die Antwort ist: Bei europäischen Verhandlungsergebnissen stellt sich anders als bei deutschen Gesetzen nur die Frage: zustimmen oder ablehnen. Zwar standen bei den Verhandlungen in Brüssel Alternativen zur Verfügung, sie können aber anschließend in Deutschland nicht mehr eingebracht werden. Selbst wenn das Ergebnis unsere Position nicht in Gänze widerspiegelt – wir müssen bewerten, was aus einer Ablehnung der Verhandlungsergebnisse folgen würde: Das Krisenmanagement wäre um Wochen zurückgeworfen, ein neues Verhandlungsergebnis vielleicht noch schlechter, die Finanzkrise verschärft. Manchmal tut die Bundesregierung schon das Richtige, nur leider immer zu spät. Angela Merkel hat

in dieser Krise zu oft Probleme verschoben, statt sie zügig anzugehen – auch Wahltermine, also taktische Erwägungen spielten dabei eine Rolle. Das alles hat nicht nur Zeit, sondern auch viel Geld gekostet. Die Kanzlerin des wirtschaftlich stärksten Landes in Europa darf aber den Entwicklungen nicht nur hinterherlaufen. Schwarz-Gelb hat ständig rote Linien gezogen, um sie gleich wieder zu übertreten. Erst hieß es: keinen Cent für Griechenland. Dann kam das erste Milliarden-Hilfsprogramm. Danach hieß es: keinen Rettungsschirm. Der kam dann mit der EFSF. Darauf hörte man: keinen dauerhaften Rettungsschirm. Den schaffen wir jetzt mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Bald danach: keine Ankäufe auf dem Sekundärmarkt durch den Rettungsschirm. Inzwischen ist auch das möglich. Die letzte Verlautbarung: keinen Hebel. Nun kommt auch der.

**DIESE POLITIK HAT DIE LÖSUNG DER KRISE UNGLEICH SCHWIERIGER UND TEURER GEMACHT. VOR ALLEM HAT SIE VERTRAUEN ZERSTÖRT.**

Zusätzlich schwächt die Zerstrittenheit der Koalition in Europafragen leider auch Deutschlands Gewicht auf der europäischen Bühne, die Durchsetzungsfähigkeit für sinnvolle und notwendige Lösungen hat deutlich gelitten.

**MEHR INTEGRATION**

Für eine dauerhafte Lösung der Krise wird sich die Europäische Union weiterentwickeln müssen. Eine gemeinsame Währung braucht eine gemeinsame Politik. Mit wirtschafts- und haushaltspolitischer Kleinstaaterei muss endlich Schluss sein. Die Regierungen der Euroländer können heute nicht mehr rein national geprägte Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitiken betreiben – von ihren europäischen Partnern unbeachtet. Denn so haben sie in der Vergangenheit gravierende Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur, der Wettbewerbsfähigkeit und dem Zustand öffentlicher Finanzen aufgebaut. Die EU braucht daher Instrumente mit Durchschlagskraft. Sie braucht mehr Integration, um die Ursachen dieser Krise nachhaltig und sozialverträglich zu bekämpfen. Wir Mitgliedstaaten brauchen eine starke Wirtschafts- und Solidarunion, in der eine aufeinander abgestimmte Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik möglich wird. Unter dieser Voraussetzung können die Staaten dann auch mit einer gemeinsamen Schuldenagentur europäische Anleihen emittieren.

**DIE EINFÜHRUNG EINER FINANZMARKTTRANS-AKTIONSSTEUER IST ZENTRAL, UM DIE KOSTEN DER KRISE GERECHT ZU VERTEILEN UND DIE SPEKULATION EINZUDÄMMEN.**

Notwendig ist darüber hinaus eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte und die Rückkehr zu nachhaltigen Haushalten. Wir brauchen Haushaltsregeln, für deren Einhaltung beispielsweise ein mit neuen Kompetenzen ausgestatteter EU-Kommissar für Wirtschaft und Finanzen Sorge tragen kann. Die Stärkung der EU-Kommission muss mit der Stärkung des Europäischen Parlaments einhergehen. Nur so können weitreichende Durchgriffsrechte demokratisch legitimiert und parlamentarisch kontrolliert werden. Dauerhaft wird Europa nur bestehen können, wenn die Haushalts-, Wirtschafts-, Steuer- und Sozialkompetenz zumindest in Teilen auf die europäische Ebene verlagert wird.

Um einen Integrationsschub zu erreichen, wird die EU ihre Verträge ändern müssen. Diese Änderung, der nächste Integrationsschritt, darf jedoch nur in einem demokratischen, transparenten und bürgerfreundlichen Verfahren erfolgen. Wir wollen einen Europäischen Konvent, der gezielt auch die Zivilgesellschaft und die Sozialpartner einbezieht und Vertragsänderungen zu den Themen Wirtschaft, Haushalte, Finanzen, Soziales und Demokratie offen und transparent vorschlägt und ausarbeitet. Dafür setzen wir uns ein.

Siehe auch S. 15 » Mehr Mut für Europa

PRISKA HINZ  
Sprecherin für Haushaltspolitik



MANUEL SARRAZIN  
Sprecher für Europapolitik



DR. GERHARD SCHICK  
Sprecher für Finanzpolitik



**KRISENLEXIKON**

- EFSF** *Europäische Finanzstabilisierungsfazilität; Rettungsschirm der 17 Euro-Staaten; zeitlich befristet bis Juni 2013*
- HEBEL** *Effizientere und damit riskantere Nutzung der EFSF-Garantien, indem zusätzliche Investoren für die Finanzierung von Ländern mit Finanzierungsproblemen hinzugezogen werden; die Risiken der Kreditvergabe werden im Wesentlichen durch die EFSF und damit durch die garantiegebenden Staaten getragen*
- TROIKA** *Vertreter von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds; verhandelt im Auftrag der EFSF die Auflagen für die Gewährung von Kredithilfen; überprüft vierteljährlich die Umsetzung der Auflagen*
- Stab-MechG** *Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus; enthält Höhe der deutschen Beiträge zum Euro-Rettungsschirm; regelt die Parlamentsbeteiligung*
- EFSM** *Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus; Rettungsschirm der EU; durch EU-Haushalt garantiert; EU-Kommission nimmt Kredite auf*
- ESM** *Europäischer Stabilitätsmechanismus; dauerhafter Rettungsschirm der 17 Euro-Staaten; löst spätestens ab 2013 die EFSF ab*
- FTT** *financial transaction tax – Finanztransaktionssteuer*
- SIX-PACK** *Sechs Gesetzesvorschläge der EU-Kommission zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumpakts und zur Schaffung eines neuen Verfahrens, um makroökonomische Ungleichgewichte zu vermeiden*
- EURO-BONDS** *Europäische Anleihen, die von einer internationalen oder europäischen Institution zugunsten eines Eurostaates ausgegeben werden und für welche die Eurostaaten gemeinsam haften*
- EZB** *Europäische Zentralbank*
- EIB** *Europäische Investitionsbank*
- ER** *Europäischer Rat; oft „EU-Gipfel“ genannt; Treffen der 27 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten*
- RAT** *Rat der Europäischen Union; auch Ministerrat genannt; ihm gehören die Fachminister aller Mitgliedstaaten an (z. B. Rat für Wirtschaft und Finanzen (ECOFIN) = Treffen der 27 Finanz- oder Wirtschaftsminister)*
- EP** *Europäisches Parlament*
- KOM** *Europäische Kommission*

# RECHTSEXTREMISMUS – DIE UNTERSCHÄTZTE GEFAHR

**EINE UNFASSBARE SERIE RECHTSTERRORISTISCHER MORDE, BOMBENANSLÄGE UND BANKÜBERFÄLLE ERSCHÜTTERT DEUTSCHLAND. WIE KONNTE ES GESCHEHEN, DASS DIE ZWICKAUER TERRORZELLE 13 JAHRE LANG UNBEHELLIGT BLIEB? WIR FORDERN ÖFFENTLICHE AUFKLÄRUNG, KONSEQUENZEN FÜR DIE ARBEIT DER SICHERHEITSBEHÖRDEN UND EINE NEUE OFFENSIVE GEGEN RECHTSEXTREMISTISCHE GEWALT. AM 22. NOVEMBER BEFASSTE SICH DER BUNDESTAG AUF UNSERE INITIATIVE HIN IN EINER SONDERDEBATTE MIT DEN VERBRECHEN DES NAZI-TRIOS.**

Man muss diesen Skandal noch einmal Revue passieren lassen, um seine Dimension zu begreifen: Zehn Menschen werden ermordet, mitten in unseren Städten. Statt die Taten aufzuklären und die Täter vor Gericht zu bringen, geraten die Opfer und ihre Angehörigen unter Verdacht. Statt den Anzeichen neonazistischer Hintergründe nachzugehen, findet man sehr schnell sehr einfache Antworten: Mafia, Drogen, Schutzgeld. Einflussreiche Medien machen bei diesem unfassbaren Verdrängungsmanöver mit und etikettieren die Verbrechenserie als „Döner-Morde“. Dieses Unwort wird auch noch beibehalten, als in der Neonazi-Szene ein Liedtext kursiert, der die Morde der „Döner-Killer“ verherrlicht und ihrer Szene zurechnet.

## VERSAGEN AUF DER GANZEN LINIE

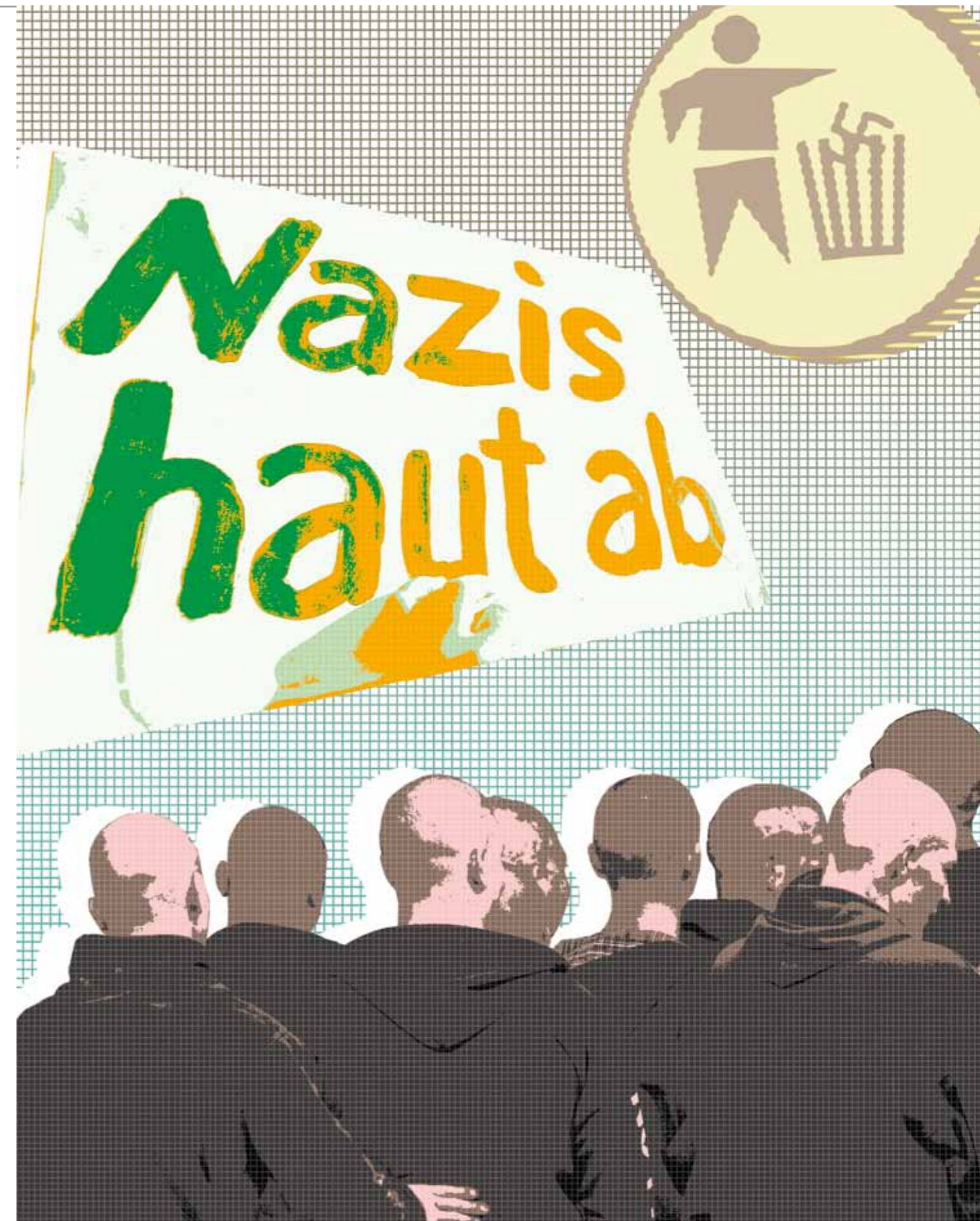
Es beschämt uns zutiefst, dass unser Rechtsstaat nicht in der Lage war, die Opfer zu schützen. Den Familien der Mordopfer und den Verletzten der Anschläge gilt unser Mitgefühl. Viele von ihnen waren schwerster Diskriminierung ausgesetzt: Verhöre durch die Polizei, die ihnen Mitschuld oder gar Beteiligung unterstellte, der Verlust ihres gesellschaftlichen Ansehens – sie leiden bis heute darunter. Damit dürfen wir sie nicht allein lassen. Die Täter dagegen blieben lange Zeit unbehelligt, obwohl schon früher im Visier der Verfassungsschützer. Ein Umzug ins benachbarte Bundesland genügte, schon waren sie von der Bildfläche der Fahnder verschwunden. Unterstützt von einem Netzwerk rechter Gesinnungskumpane bis hin in das Umfeld der NPD und teilweise sogar unter den Augen von V-Leuten des Verfassungsschutzes mordeten und

raubten sie über zehn Jahre. Das Trio würde wohl weiter sein Unwesen treiben, wäre der letzte Banküberfall nicht schiefgegangen. Ein derartiges Versagen von Polizei und Geheimdiensten sucht seinesgleichen.

Eine Schande für Deutschland nennt die Bundeskanzlerin diesen Skandal. Der Bundesinnenminister spricht von kläglichem Versagen der Sicherheitsbehörden. Recht haben sie beide – und sprechen doch nur die halbe Wahrheit aus. Dass Polizei und Geheimdienste so lange auf dem rechten Auge blind waren, hat auch damit zu tun, dass rechtsextremistische Gewalt politisch als „nicht so schlimm“ eingestuft wurde. Eine krasse Fehleinschätzung: Rechtsextreme Gewalt ist tödlich. Die Amadeu Antonio Stiftung zählt seit 1990 182 Todesopfer rechtsextremistischer oder rassistischer Gewalt. Die Bundesregierung geht dagegen im Zeitraum von 1990 bis 2009 „nur“ von 47 Todesopfern aus. Wie kommt sie dazu? Warum ist die Tötung des 48-jährigen Homosexuellen Klaus-Peter B. nicht in der offiziellen Statistik aufgeführt? 1995 warfen ihn rechtsextreme Skinheads in einen Fluss und ließen ihn ertrinken. Das Gericht merkte in seiner Urteilsverkündung an, dass die Scheußlichkeit und Menschenverachtung der Tat an die düstersten Zeiten der deutschen Geschichte erinnerten. Trotzdem zählt Klaus-Peter B. offiziell nicht als Opfer rechtsextremistischer Gewalt.

## AUFKLÄRUNG MIT KONSEQUENZEN

Die Sicherheitsbehörden haben die rechtsterroristische Gewalt unterschätzt. Doch das allein kann das beispiellose Versagen der Sicherheitsbehörden nicht erklären. Wie es





Protest gegen Rechtsradikalismus, Dresden, 2010, Quelle: picture alliance

dazu kommen konnte, muss rückhaltlos aufgeklärt werden: so gründlich, transparent und nachvollziehbar wie möglich. Diese Aufarbeitung darf nicht nur in den geheim tagenden parlamentarischen Kontrollgremien geschehen. Sie gehört in die Öffentlichkeit und muss in den Parlamenten stattfinden. Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, und den Opfern sind wir mindestens das schuldig.

Parallel zu Aufklärung und Aufarbeitung muss die Arbeit der Sicherheitsbehörden auf den Prüfstand: ihre strategische Ausrichtung, ihre Arbeitsweisen und Strukturen. Der Einsatz von V-Leuten bedarf strengerer Kriterien. Es kann nicht sein, dass die Sicherheitsbehörden mit dem Einsatz von V-Leuten die rechtsextreme Szene mitfinanzieren.

Wenn sich herausstellt, dass es schwerwiegende Strukturprobleme bei den Verfassungssämtern gibt, dürfen entsprechende Konsequenzen nicht ausbleiben. Denkverbote wären hier fehl am Platz. Am Ende der Fehleranalyse könnte unter Umständen die Reduzierung oder Konzentration der bislang 17 Verfassungsschutzämter stehen. Ganz sicher muss der Informationsaustausch zwischen allen beteiligten Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder verbessert werden. Bei der Einrichtung eines gemeinsamen Abwehrzentrums Rechtsextremismus muss die strikte Trennung der Tätigkeiten von Polizei und Geheimdiensten gewahrt bleiben. Ein solches Zentrum darf selbst nicht operativ handeln, in ihm muss aber das operative Handeln koordiniert werden.

Es ist nicht länger hinnehmbar, dass sich rechtes Gedankengut hinter dem Parteienprivileg versteckt und die verfassungsfeindliche NPD mit öffentlichen Mitteln finanziert wird. Deshalb und wegen der zunehmenden Gewaltbereitschaft der NPD setzen wir uns für ein Verbotverfahren ein, wenn die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

#### INITIATIVEN GEGEN RECHTSEXTREMISMUS STÄRKEN

In Deutschland gibt es eine Vielzahl von Initiativen, die sich tagtäglich gegen Rechtsextremismus stark machen. Wir sind ihnen zu Dank verpflichtet. Sie leisten für die Gesellschaft unschätzbare Dienste. Ihr Mut und ihr Engagement verdienen unsere Wertschätzung.

Seit Familienministerin Schröder im Amt ist, stehen diese Initiativen unter Generalverdacht, selbst extremistisch zu sein. Sie müssen die „Extremismusklausel“ unterschreiben und werden somit gezwungen, ihre Kooperationspartner zu bespitzeln, andernfalls droht ihnen das finanzielle Aus. Gewerkschaften wie Kirchen setzt Schröder

dem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit aus. Offenbar hält sie Neonazis für weniger gefährlich als Islamisten oder Linksradikale. Oder wie erklärt es sich, dass solche Initiativen nur zehn Prozent Eigenmittel aufbringen müssen, Anti-Nazi-Initiativen aber die Hälfte? Schröder behindert das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Nazis, um Beifall ihrer Gesinnungsgenossen aus der Unionsrechten einzufahren.

Wir wollen die Arbeit der Initiativen gegen Rechts stärken. Die „Extremismusklausel“ gehört aus den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus gestrichen. Die Bundesmittel müssen zudem auf 50 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt werden. Die Initiativen brauchen finanzielle Sicherheit und Stetigkeit ebenso wie politische und gesellschaftliche Anerkennung. Bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden wie zum Beispiel, dass Fördergelder des Bundes nur über die Kommunen beantragt werden können. Oft fehlt es gerade dort an der notwendigen Sensibilisierung gegenüber rechtsextremen Tendenzen.

#### FARBE BEKENNEN GEGEN RECHTS

Beinahe 20 Jahre ist es her, dass die Brandanschläge von Mölln, Rostock und Solingen für Entsetzen sorgten. Jetzt stehen wir vor einer weiteren unfassbaren Serie rechtsextremistischer Gewalt. Mehr noch als die Morde des Thüringer Nazi-Trios hat der leichtfertig-ignorante Umgang der Sicherheitsbehörden mit diesen Verbrechen das Vertrauen vieler Menschen in den deutschen Rechtsstaat tief erschüttert. Wir müssen jetzt politisch Zeichen setzen. Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für unsere Demokratie. Jedes Zündeln am rechten Rand, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus müssen klar und deutlich geächtet werden.



RENATE KÜNAST  
Fraktionsvorsitzende



JÜRGEN TRITTIN  
Fraktionsvorsitzender

## GRÜN & BUNT



### » SCHEEL GEHT NACH HESSEN

Christine Scheel beendet ihre politische Karriere und wechselt in den Vorstand des südhessischen Energieversorgers HSE. Die gebürtige Aschaffenerin war seit 1994 Mitglied des Bundestages. Von 1994 bis 2007 arbeitete Scheel als finanzpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion. In der 15. Wahlperiode übernahm sie den Vorsitz über den Finanzausschuss des Deutschen Bundestages. Von 2005 bis 2009 war Christine Scheel eine der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und die Politische Koordinatorin des Arbeitskreises Wirtschaft und Soziales der Bundestagsfraktion.

Wir wünschen Christine Scheel viel Erfolg und viel Freude mit ihrer neuen Aufgabe.

Als Nachfolgerin von Christine Scheel übernimmt ab Februar 2012 Beate Walter-Rosenheimer aus Germering das Mandat.

### » TAG DER EIN- UND AUSBLICKE

Der Green New Deal war unser Thema zum Tag der offenen Tür im Bundestag. Trotz warmen Spätsommerwetters nutzten viele Bürgerinnen und Bürger den Tag für einen Blick hinter die Kulissen des Bundestages. Am grünen Stand wurde diskutiert, gelesen, gefragt, gehört und „gequitzt“.



Drei große grüne Berliner Litfaßsäulen warfen Schlaglichter auf das, wohin es in Zukunft gehen muss und was wir heute schon dafür tun können: kein Neubau von Kohlekraftwerken! Artenschwund stoppen! Schutz vor Armut! Mindestlohn einführen! 100 Prozent erneuerbare Energien bis 2030! Bankenabgabe und Finanzmarktsteuer einführen! Ökologische Finanzreform fortsetzen, umweltschädliche Subventionen abbauen und vieles mehr.

Fukushima, Hungerkrise in Somalia, Schuldenkrise in der Europäischen Union – wir erleben zeitgleich mehrere große Krisen. Sie stehen in einer starken Wechselbeziehung zueinander. Denn die Klima- und Biodiversitätskrise, die Armuts- und Gerechtigkeitskrise sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise sind nur gemeinsam lösbar. Unsere Lösung heißt: Green New Deal.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Wirtschaft



### » SEILER LEGT MANDAT NIEDER

Till Seiler, Mitglied des Bundestages seit Juni 2011, erklärt: „Ich habe heute die Mitglieder des Kreisverbands Konstanz von Bündnis 90/Die Grünen und die Bundestagsfraktion darüber informiert, dass ich mein Mandat im Dezember niederlege.“

Ich tue dies aus persönlichen Gründen. Die Erfahrungen aus meiner kurzen Zeit als Abgeordneter haben mich zu der Erkenntnis gebracht, dass eine Tätigkeit als Berufspolitiker wegen der damit verbundenen Anforderungen und Verpflichtungen für mich auf Dauer nicht in Frage kommt.

Der frühe Zeitpunkt meiner Mandatsniederlegung ermöglicht es Ulrich Schneider, meinem Nachfolger aus dem Wahlkreis Heilbronn, sich rechtzeitig vor der Bundestagswahl 2013 einzuarbeiten und im Land bekanntzumachen. Ich selbst bleibe Mitglied der Grünen und der Freien Grünen Liste Konstanz.“

Wir wünschen Till Seiler alles Gute für seine nächsten Aufgaben.

### » TIERSCHUTZ: ENGAGIERT UND KONSEQUENT

Tanzende Elefanten, durchs Feuer springende Löwen, Rad fahrende Bären? Dass Zirkus auch anders gehen kann, bewiesen junge Artistinnen und Artisten, die mit Darbietungen am Trapez und einer rasanten Trampolinnummer den zweiten grünen Tierschutzkongress in Berlin eröffneten.



Wildtiere gehören nicht in die Manege. Der Unterhaltungsfaktor wiegt das Leiden von Bären, Tigern, Löwen, Elefanten und Nashörnern, das in fahrenden Unternehmen zwangsläufig entsteht, nicht auf. Zu diesem Ergebnis kam auch die Diskussionsrunde unseres Tierschutzkongresses im Zirkus Cabuwazi, der auf Tiere verzichtet.

Seit dem Jahr 2002 ist das Staatsziel Tierschutz im Grundgesetz verankert. Und was hat sich seitdem getan? Leider sehr wenig. Schwarz-Gelb fehlt der politische Wille, sich hierfür zu engagieren. Uns aber nicht. Wir Grüne im Bundestag bringen noch in diesem Jahr einen Entwurf für ein neues Tierschutzgesetz in das parlamentarische Verfahren ein, der endlich auch dem Staatsziel Rechnung tragen soll.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Tierschutz

### » MEHR MUT FÜR EUROPA

Die Europäische Union steht am Scheideweg. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise müssen wir feststellen: Die europäische Integration wurde durch den Vertrag von Lissabon nicht weit genug weiterentwickelt. Die EU ist nicht gewappnet für die Herausforderungen der Globalisierung und die Gefahr von nicht koordinierten nationalen Politiken. Wir Grüne im Bundestag meinen: Europa braucht jetzt den Mut, der Europäischen Union mehr Kompetenzen für die Gestaltung ihrer Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik zu geben. Es braucht den Mut zu mehr sozialem Europa sowie mehr Macht und Demokratie für die europäischen Institutionen. Wir brauchen eine Europäische Union, die die Mittel in die Hand bekommt diese Krise zu bewältigen, indem sie ihre Ursachen angeht.

Die EU muss diese Schwächen im Rahmen eines thematisch begrenzten Konvents der Integration angehen. Dabei muss sie sich trauen, die Änderungen im Vertrag von Lissabon vor Einleitung des ordentlichen Vertragsänderungsverfahrens mit Beteiligung von Sozialpartnern und Zivilgesellschaft öffentlich diskutierbar zu entwickeln.

Und genau das werden wir tun! Diskutieren Sie mit uns die Zukunft Europas: beim Grünen Konvent der Bundestagsfraktion im Februar 2012 in Berlin:

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) » Termine

### » GRÜNE POST

**LIEBER HERR DR. SCHÄUBLE,**

*offenbar haben Sie die Bremsseile der Schuldenbremse durchgeschnitten. Nur so lässt sich erklären, dass die Neuverschuldung im kommenden Jahr mit fast fünf Milliarden Euro höher liegen wird als dieses Jahr. Anstatt zu bremsen, geben Sie bei der Neuverschuldung wieder Gas. Auch die Mehreinnahmen, die sich beim Boxenstopp der aktuellen Steuerschätzung ergeben haben, werden vollständig verausgabt. Mit der Verdopplung der Privatisierungserlöse auf fünf Milliarden Euro gönnen Sie sich den Champagner des Erstplatzierten. Schaut man sich dieses Ergebnis genauer an, stellen wir fest, dass nachhaltige, generationengerechte Haushaltspolitik auf der Strecke geblieben ist. Die Energiewende kann nicht mit einem Fonds bewältigt werden, dem aufgrund der Wirtschaftsentwicklung die Einnahmen aus der Versteigerung der Emissionszertifikate fehlen. Langzeitarbeitslosen nehmen Sie mit der Kürzung der Eingliederungsmaßnahmen die Hoffnung auf Arbeit und Teilhabe. Stattdessen verpulvern Sie die knappen Mittel in unsinnige Steuerersparungsversprechen, um der FDP den letzten Strohalm zu reichen. Es wird Zeit, dass die Rennleitung Ihnen die schwarze Flagge zeigt.*

Herzlich, Ihre profil:GRÜN

# INDUSTRIEPOLITIK, ABER RICHTIG!

Deutschland ist ein erfolgreiches Industrieland. Wir Grüne wollen, dass das so bleibt. Doch angesichts von Ressourcenknappheit, Klimawandel und demografischer Entwicklung kann nicht alles bleiben, wie es ist. Wir brauchen ein anderes, ein grünes Konzept von Industriepolitik.

Industriepolitik steht bei Konservativen wie SozialdemokratInnen in erster Linie für die Verteidigung alter Strukturen, Bestandsschutz und erhaltende Subventionierung. Damit können wir Grüne im Bundestag nichts anfangen. Deutschland braucht eine moderne grüne Industriepolitik für alle Branchen. Das bestehende Industriemodell mit seinem gigantischen Energie- und Rohstoffhunger und seinen immensen Emissionen ist nicht zukunftsfähig.

## INDUSTRIEPOLITIK DARF NICHT LÄNGER ÜBERKOMMENE STRUKTUREN ZEMENTIEREN.

Wir sind überzeugt: Deutschland ist auch in Zukunft ein attraktiver Industriestandort, wenn wir die deutsche Wirtschaft und Industrie heute auf die Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte ausrichten. Diese liegen neben der Anpassung an den Klimawandel auch in der demografischen Entwicklung (Stichwort Fachkräftemangel) sowie im engeren Zusammenwachsen von Industrie und Dienstleistungen. Im Rahmen unseres „Green New Deal“ als Antwort auf Finanzkrise, Klimakrise sowie die Armuts- und Gerechtigkeitskrise steht grüne Industriepolitik für die ökologische und soziale Erneuerung aller Branchen.

## GRUNDPRINZIPIEN GRÜNER INDUSTRIEPOLITIK

**Grüne Industriepolitik ist ökonomisch.** Wir Grüne im Bundestag haben als erste erkannt, dass Ökologie erfolgreiche Geschäftsmodelle begründet. Mit grünen Ideen lassen sich schon heute und vermehrt in Zukunft schwarze Zahlen schreiben.

**Grüne Industriepolitik ist ökologisch.** Auf Dauer kann nichts wirtschaftlich vernünftig sein, was ökologisch unvernünftig ist. Im Mittelpunkt muss künftig ein nachhaltiger Umgang mit allen Ressourcen stehen, also mit Energie, Rohstoffen, Flächen, Wasser aber auch Biodiversität. Anders gesagt: Der Blaumann muss grün werden.

**Grüne Industriepolitik ist sozial.** Mindestlöhne in allen Branchen, gleicher Lohn für Frauen und Männer sowie „Equal Pay“ in der Zeitarbeit sind Bestandteile grüner Industriepolitik. Selbstverständlich auch der Schutz vor Krankheit und Altersarmut sowie ein fairer und fortwährender Zugang zu Bildung, unabhängig vom Einkommen.

Grüne Industriepolitik steht für Innovation und Wettbewerb um die besten Lösungen. Veränderung heißt zu einem Teil

immer auch die Zerstörung des Alten, sofern es keine Antworten mehr hat auf neue drängende Fragen. Die schwarzgelbe Koalition bremst Innovationen aus, wenn sie mit Erhaltungssubventionen und auf Druck einflussreicher Lobby klassischer Klientelpolitik zu Lasten der Zukunft macht.

## GRÜNE INDUSTRIEPOLITIK KONKRET

„Made in Germany“ steht heute für gute Qualität. Wir wollen, dass dieses Label zukünftig für beste ökologische Qualität und maximale Ressourceneffizienz steht. Ökologisch schlechte Produkte und Dienstleistungen – also solche, die die Umwelt belasten oder mit einer miesen Klimabilanz einhergehen – müssen künftig teurer sein als ihre grünen Pendanten. Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen. Das erreichen wir mit einem Mix aus Ordnungsrecht (verschärfte CO<sub>2</sub>-Grenzwerte, Tempolimit, Top-Runner-Ansatz) und Wirtschaftsförderung (Marktanreizprogramme, Forschungsförderung für den Mittelstand, Grundlagenforschung zum Beispiel bei Recyclingprozessen). Wir setzen so einen Wettbewerb um beste ökologische Lösungen in Gang und geben Innovationsprozessen eine Richtung.

Im Fraktionsbeschluss „Industriepolitik, aber richtig!“ beschreiben wir anhand konkreter Branchen, wie wir Veränderung gestalten. Zum Beispiel für die Chemie: Als ressourcenintensive Industrie steht sie vor der Herausforderung, ihre Abhängigkeit vom Öl und anderen Grundstoffen mit modernen Produktionsverfahren und Technologien zu mindern. Das nutzt dem Klima und stärkt die Position der deutschen Chemie angesichts steigender Rohstoffpreise.

## DURCH EHRGEIZIGE CO<sub>2</sub>-MINDERUNGSZIELE UND EIN NATIONALES KLIMASCHUTZGESETZ WOLLEN WIR INNOVATIONSANREIZE SETZEN UND SCHAFFEN NEUE ABSATZMÄRKTE FÜR DIE CHEMISCHE INDUSTRIE.

Die hohe Nachfrage nach Dämmstoffen für die energetische Gebäudesanierung und die wirtschaftlichen Potenziale von Bioraffinerien sind Beispiele für die Chancen, die ein konsequenter Klimaschutz der Chemie eröffnet. Wir wollen die Chemie bei der Entwicklung von Produkten und Verfahren auf Basis nachwachsender Rohstoffe unterstützen, zum Beispiel indem wir innovationsfördernde Rahmenbedingungen schaffen und etwa Investitionen im Bereich Biomasetechnologie erleichtern.

Ob Chemie-, Maschinenbau-, Automobil- oder Informations- und Kommunikationstechnologiebranche: Wir Grüne wollen, dass die deutsche Industrie auch künftig im globalen Wettbewerb bestehen kann. Mit unserem Konzept einer grünen Industriepolitik setzen wir den Rahmen für eine Modernisierungsoffensive für die Industrie.

FRITZ KUHN  
Stellv. Fraktionsvorsitzender



# DORO KÄMPFT!

Von Nina Anika Klotz

**So wie es ein Fukushima geben musste, damit endlich eine Wende in der Atompolitik stattfinden konnte, musste es auch ein Tschernobyl geben, damit die Menschen die Gefahren der Atomkraft erkannten. Für die umweltpolitische Sprecherin Dorothea Steiner war Tschernobyl Grund für ihren Eintritt bei den Grünen.**

Wer in seinem Leben schon so viele sechste Stunden gehalten hat wie Dorothea Steiner, den schockt nichts mehr. Auch keine Bundestagsrede vor ständig zwischenrufenden Abgeordneten. „Geschichte vor einer Klasse zu unterrichten, um deren Aufmerksamkeit man sich echt bemühen muss, weil es spät ist oder weil ein paar Schülerinnen und Schüler nur schwer für das Thema zu begeistern sind, ist das beste Training für eine Karriere als Politikerin“, findet die frühere Gymnasiallehrerin. „Das härtet ab.“

Nicht, dass sie Abhärtung nötig gehabt hätte. Tough und kämpferisch war Doro Steiner eigentlich schon immer. Als Teenager hat sie gern heftig mit ihrem Vater, einem CSU-Mitglied, über Politik diskutiert. Als Klosterschülerin protestierte sie gegen den Vietnamkrieg und zog nach dem Abitur gegen den Willen der Familie mit ihrer Freundin aus dem beschaulichen Franken ins wilde Berlin. Ende der Siebziger kämpfte die junge Lehrerin dann an einer konservativen Schule in Osnabrück als GEW-Vertreterin im Personalrat.

Ihren gewaltigsten Gegner aber fand Doro Steiner in der Atomkraft. „Als Wahl-niedersächsin musste ich mich einfach gegen AKWs engagieren“, sagt sie. Sie ging zu Anti-Brokdorf-Demonstrationen, empörte sich über die Missachtung der Bürgerproteste beim Bau des Zwischenlagers in Gorleben, bejubelte die Freie Republik Wendland. Auch im Lehrerzimmer stellte sie sich den Diskussionen. „Von den Kollegen, die Physik oder Chemie unterrichteten, wurde ich belächelt. Atomkraft ist total sicher, sagten die immer. Bis zur Reaktorkatastrophe von Tschernobyl.“

Tschernobyl brachte Steiner zu den Grünen: „Mir wurde da klar: Nur demonstrieren reicht nicht. Du musst mit anderen zusammen an einem Strang ziehen, wenn du wirklich etwas erreichen willst.“ Weil der Ausstieg aus der Atomkraft Grund für ihren Eintritt in die Partei war, brachte sie es diesen Sommer nicht fertig, gegen Merkels Ausstiegsplan zu stimmen, sagt sie. Auch wenn Steiner eigentlich zu

denen gehört, die mehr und schneller wollen.

Als niedersächsische Landtagsabgeordnete, zu der Steiner 1998 gewählt wurde, nach fünf Jahren als Vorsitzende der Grünen-Fraktion in Osnabrück, wollte sie vor allem eins: Gorleben stilllegen. „Ich war bei jedem einzelnen Castor-Transport draußen. Und da ging manchmal ganz schön die Post ab.“

2009 zog sie in den Bundestag ein, wurde umweltpolitische Sprecherin der Fraktion. Atompolitik ist dabei nur ein Teil ihres breiten Aufgabengebietes. Besonders engagiert sich Steiner derzeit im Bereich Bodenschutz und Abfallpolitik. Als nächstes wird sie den Plastiktüten den Kampf ansagen, erzählt sie. Das Thema Elektroschrott will sie gleich danach angehen. Und dann gibt es da noch Diskussionsbedarf in Sachen Biomasse, Stichwort: Maiswüste Oldenburg, und, und, und. Doro Steiners Agenda ist übervoll: „Aber ich verzettele mich nicht. Ich packe das an!“

Und dann wäre da ja auch noch dieses eine Thema, das sie konstant verfolgt: Steiner sitzt im Untersuchungsausschuss Gorleben. Wenn sie von ihrer Arbeit dort erzählt, hört sich das an wie ein Krimi. Da tauchen Zeugen auf, die bei der Vernehmung unter plötzlichem Gedächtnisschwund leiden und welche, die den Ausschuss belügen. Dabei soll doch endlich geklärt werden, ob die Wahl des Salzstocks in Gorleben als Atommüll-Zwischenlager eine politisch getriebene und keine wissenschaftlich begründete Entscheidung war. Steiner ist sich sicher. „Ich behaupte sogar, dass Gorleben für die Lagerung von Atommüll ungeeignet ist.“ Und das hätte Auswirkungen auf die Jetzt-Zeit. Dann nämlich dürfte die Regierung keine Sekunde mehr über einen Ausbau des dortigen Lagers nachdenken und müsste endlich und sofort nach Alternativen suchen. Genau das will die Niedersächsin erreichen. Dafür kämpft sie.



## DOROTHEA STEINER

seit 1986  
1992 – 1999  
1998 – 2008

Mitglied der GRÜNEN in Osnabrück  
Ratsfrau und Fraktionsvorsitzende im Stadtrat Osnabrück  
Abgeordnete im Niedersächsischen Landtag und umweltpolitische Sprecherin

2007 – 2010  
seit Sept. 2009

Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen Niedersachsen  
Mitglied des Deutschen Bundestags und Sprecherin für Umweltpolitik

Was die SPD zu rot-grünen Zeiten bremste und blockierte, macht nun Schwarz-Gelb im Handumdrehen. Nach dem Ausstieg aus dem Wiedereinstieg in die Atomkraft und der Abschaffung der Wehrpflicht fällt auch der beste Konservative vom Glauben ab. Merkels CDU hat sich von allen politischen Grundsätzen verabschiedet und folgt der politischen Theorie Garfields: „Wenn du sie nicht überzeugen kannst, verwirre sie!“ Damit lenkt sie von inhaltlichen Schwächen ab. In der Mindestlohn-Debatte versucht Merkel unbestimmte Lohnuntergrenzen statt eines klaren Konzepts zu diskutieren, um eine ohnehin schwache Position undeutlicher zu machen und zu entpolitisieren. In der Netzpolitik tun UnionspolitikerInnen so, als sei man Everybody's Darling der Netzcommunity. Offline, also im Bundestag, versuchen sie gleichzeitig die Grundrechte im Internet mittels Vorratsdatenspeicherung und Online-Durchsuchung abzuschaffen. Am Ende bleibt nur noch die Rettung Europas, die sich Merkel auf die Fahne schreiben möchte, obwohl sie dafür in der Regierung eigentlich keine eigene Mehrheit mehr hat und Deutschland deshalb auf der Bremse steht. Wir haben die Strategie durchschaut und werden sie ihr nicht durchgehen lassen.



**VOLKER BECK**  
Erster  
Parlamentarischer  
Geschäftsführer



## » INTEGRATIONSKURSE STÄRKEN

Die von Rot-Grün 2005 initiierten Integrationskurse markieren eine Zeitenwende in der deutschen Integrationspolitik. Kürzungen, insbesondere der großen Koalition, haben aber zu einer chronischen Unterfinanzierung geführt. Und das hat Folgen: Die zumeist freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten sind die am schlechtesten bezahlten Lehrkräfte Deutschlands!



Quelle: picture alliance

Zudem stellen wir fest, dass die früher erfreulich hohe Zahl der fast immer freiwillig teilnehmenden „Alteingewanderten“ seit einigen Jahren stark rückläufig ist. Allem Kürzungsdruck zum Trotz fordern wir 32 Millionen Euro zur Erhöhung der Lehrkräftehonorare sowie 20 Millionen Euro für neue Kursplätze. Zudem wollen wir die Mittel mehr als verdoppeln für Kurse, die Einwanderinnen ansprechen, welche durch konventionelle Integrationsangebote oft nicht erreicht werden. In diesen Kursen werden seit Jahren erfolgreich Brücken gebaut, um den Frauen eine spätere Teilnahme an einem Integrationskurs zu ermöglichen.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Integration

## » GRÜNER DIALOG ALTERSARMUT

Altersarmut ist schon heute ein Problem und wird künftig erheblich zunehmen. Die Bundesregierung aber will und kann dies nur langsam akzeptieren. Noch vor kurzem hat sie die Alterssicherung der Arbeitslosen verschlechtert.

Der nun initiierte Regierungsdialog Rente greift viel zu kurz und nimmt sich der Lösung bestimmter Probleme und Problemgruppen gar nicht an. Die Zuschussrente hilft nur wenigen, und zwar nicht denjenigen, die am stärksten von Armut bedroht sind. Vollständig fehlen in diesem Dialogprozess Themen wie Vereinsamung, schlechte Wohnsituation, mangelhafte medizinische Versorgung, Beschränkungen bei Ernährung, Kleidung, Mobilität und Prävention.

Wir Grüne im Bundestag verfolgen einen umfassenden Ansatz zur Bekämpfung der Altersarmut. Mit einer Veranstaltungsreihe zum Thema Altersarmut wollen Katrin Göring-Eckardt und Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn mit Betroffenen, den Sozialverbänden und der Wissenschaft ins Gespräch kommen und Lösungsansätze entwickeln. Wir starten unseren grünen Dialog Altersarmut im Januar 2012.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Rente

## » ARKTIS SCHÜTZEN UND WIRTSCHAFTLICHE AUSBEUTUNG VERHINDERN



Der Klimawandel und der dramatische Rückgang des Eisschildes machen die Arktis wirtschaftlich immer interessanter. Neben neuen Schiffsrouten sind die in der Arktis vermuteten Bodenschätze von Interesse. Der Klimawandel macht den Abbau absehbar wirtschaftlich. Der Wettlauf um die Ressourcen unter dem ewigen Eis hat bereits begonnen. Auch der Nationale Masterplan Maritime Technologien (NMT) des Bundeswirtschaftsministeriums betont ausdrücklich die Chancen, die sich aus der Ausbeutung der Arktis ergeben. Dabei ist die Arktis einer der extremsten und gleichzeitig auch sensibelsten Lebensräume der Erde. Eine Ausbeutung würde die Region zusätzlich belasten und einen einzigartigen Lebensraum vermutlich vollends zerstören. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich auf internationaler Ebene für einen dem Antarktis-Vertrag aus dem Jahre 1959 vergleichbaren Arktis-Vertrag einzusetzen, um die wirtschaftliche Ausbeutung und die damit einhergehende Verschmutzung des arktischen Meeres zu verhindern (BT-Drs. 17/6499).

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Umwelt

## » GRÜNE ENERGIEPOLITIK AUF HOCHTOUREN

Auch vier Monate nach dem Beschluss zum Atomausstieg ist völlig unklar, wie es mit der Energiewende weitergeht. Statt einen klaren Rahmen zu setzen, taucht die Bundesregierung ab. Die grüne Energiepolitik läuft dagegen auf Hochtouren.

Wir machen Druck für eine ambitionierte Energiesparstrategie. In unserem aktuellen Antrag (BT-Drs. 17/7462) fordern wir die Bundesregierung zu verbindlichen Anstrengungen beim Energiesparen auf. Schwarz-Gelb muss seine Blockadehaltung bei diesem Thema überwinden, sonst sind die Energie- und Klimaziele nicht zu erreichen.

Wie künftig einmal Atommüll verantwortlich endgelagert werden kann, hat die Bundestagsfraktion jetzt in einem Positionspapier aufgezeigt. Wir haben das Für und Wider einer rückholbaren Lagerung des Atommülls abgewogen und sprechen uns dafür aus, ein künftiges Endlager nach einigen Jahrzehnten zu schließen.

Dass dieses Endlager nicht in Gorleben eingerichtet werden kann, wird immer klarer. Neue Ergebnisse des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses haben bewiesen, dass die Festlegung auf Gorleben bereits im Jahr 1977 allein politisch motiviert war und es keine wissenschaftlichen Untersuchungen des Standorts gab.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Energie

## » EINE NEUE ÄRA FÜR AFGHANISTAN?

Zehn Jahre nach der Petersberg-Konferenz versammelt sich die Weltgemeinschaft erneut in Bonn, um die Weichen für das langfristige internationale Engagement am Hindukusch zu stellen. Wie es nach dem Abzug der internationalen Streitkräfte weitergeht, diskutierte die grüne Bundestagsfraktion im November auch mit afghanischen Abgeordneten, mit Diplomaten, Militärs und zivilen Aufbauhelfern. Kern der Diskussionen war die Frage, unter welchen Umständen Friedensgespräche mit den Aufständischen und eine politische Lösung möglich sein können. Dabei wurde das Dilemma deutlich, auf der einen Seite einen raschen Truppenabzug zu vollziehen und auf der anderen Seite keine Destabilisierung der Lage zu riskieren, insbesondere um Fortschritte bei Menschenrechten nicht zu gefährden.



Für die kommende Mandatsverlängerung hat die Bundesregierung eine minimale Truppenreduzierung von effektiv rund 500 Soldatinnen und Soldaten angekündigt. Wir halten das nicht für ausreichend. Nach unserer Auffassung könnten effektiv 1.000 Kräfte abgezogen werden und eine Mandatsobergrenze von 3.900 erreicht werden.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Sicherheitspolitik

## » KINDERRECHTE ENDLICH ERNST NEHMEN



Quelle: picture alliance

Nicht nur an Weihnachten sollten Kinder im Mittelpunkt stehen. Wir wollen, dass Kinder beteiligt sind, wenn es um Planungen oder Entscheidungen geht, die sie betreffen. Denn dann stehen ihre Interessen im Mittelpunkt. Dieser zentrale Leitgedanke der UN-Kinderrechtskonvention findet sich auch in der EU-Grundrechtecharta wieder. Rot-Grün hatte eigens in der 14. Wahlperiode einen Aktionsplan für ein kindgerechtes Deutschland ins Leben gerufen. Inzwischen ist dieser ersatzlos ausgelaufen. Dabei gibt es in Sachen Kinderfreundlichkeit in Deutschland noch sehr viel zu tun.

Die grüne Bundestagsfraktion fordert, die Kinderrechte nicht nur vorbehaltlos anzuerkennen, sondern sie auch allen zu gewähren und sie daher im Grundgesetz klarzustellen (BT-Drs. 17/7187). Wer die Vision einer kindergerechten Welt ernsthaft verfolgt, muss sich klare Ziele setzen und deren Umsetzung überprüfen. Ein von uns gefordertes, fundiertes Monitoring gibt es in Deutschland jedoch nicht. Bisher hat die Koalition nur blumig angekündigt, sie wolle die Kinderrechte stärken.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Familie

## » BREITBAND FÜR ALLE

Erst pff es, dann piepste es, schließlich hörte man ein Rauschen: So klang ein 56k-Modem, wenn man sich früher ins Internet einwählte. Ähnlich langsam kriechen immer noch etwa vier Millionen Haushalte in Deutschland durch das Netz. Für die Menschen in den betroffenen Gebieten ist das ärgerlich. Für die deutsche Wirtschaft ist es sogar geschäftsschädigend, wenn der Mangel an Breitbandanschlüssen ganze Landstriche in ihrer Entwicklung bremst. Die grüne Bundestagsfraktion sieht hier ungenutzte Chancen und hat sich deshalb im Rahmen des Telekommunikationsgesetzes dafür eingesetzt, dass Menschen im ganzen Land das Recht auf einen Zugang zu schnellem Internet mit einem Volumen von sechs Mbit/s haben. Damit kann die Tagesschau ohne Ruckeln auch online gesehen werden, und das Home Office bietet PendlerInnen eine Chance, den Arbeitsalltag hin und wieder zu entschleunigen. Wir wollen diese Grundversorgung dynamisch gestalten, also regelmäßig an den entsprechenden Bedarf anpassen. Finanzieren wollen wir die Grundversorgung über einen Unternehmensfonds.

Perspektivisch kann es aber nicht dabei bleiben: Das Netz bietet immer neue Anwendungen und mehr Datenumsatz. Wir brauchen insgesamt schnellere Netze und setzen deshalb parallel zur Sicherung einer Grundversorgung darauf, den Glasfaserausbau auszuweiten.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Netzpolitik

## » FUNKZELLENABFRAGE: BÜRGERRECHTSKONFORM GESTALTEN

Im Februar 2011 wurde im Zusammenhang von Anti-Neonazi-Protesten in Dresden wegen Straftaten ermittelt. Dabei wurden den Behörden im Rahmen sogenannter Funkzellenabfragen über eine Million Datensätze von Handynutzerinnen und -nutzern übermittelt.



Quelle: joker

Die allermeisten dieser Daten stammten von unbeteiligten Dritten, darunter auch grüne Abgeordnete, gegen die sich die Ermittlungen zu keinem Zeitpunkt richteten. Diese Praxis schoss weit über das Ziel hinaus. Der Eifer steht im merkwürdigen Kontrast dazu, dass Behörden anderweitig gegenüber schwersten rechtsextremistischen Gewalttaten versagt und anscheinend auf dem rechten Auge blind agiert haben.

Anders als Schwarz-Gelb wollen wir künftigem Missbrauch bei Ermittlungen auch einen gesetzlichen Riegel vorschieben. Wir fordern, dass Funkzellenabfragen rechtsstaatlich und bürgerrechtskonform begrenzt werden. Wir wollen dazu den Richtervorbehalt stärken und den Einsatz künftig auf schwere Straftaten begrenzen (BT-Drs. 17/7033).

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Rechtspolitik

## » DIE GRÜNE SCHULDEN-KONFERENZ

Die Wirtschafts- und Finanzkrise erzeugt auch in Deutschland Risiken in den öffentlichen Haushalten. Zusätzlich greift ab 2016 erstmals die Schuldenbremse für den Bundeshaushalt. Wo jetzt gespart und wo investiert werden soll und wie wir die Einnahmen verbessern können, war Thema auf der grünen Schuldenkonferenz in Berlin. Rund 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten mit Lisa Paus, Jürgen Trittin und vielen weiteren Fachleuten Strategien für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik. Nach den Vorträgen der Finanzexperten Gustav Horn und Michael Hüther war klar, so unterschiedlich ihre Positionen in Fragen der Schuldenbremse sind, so einheitlich ist ihre Haltung in Fragen der Eurokrise, in der beide einen Schuldenschnitt Griechenlands bei Verbleib in der Eurozone forderten. Bei der Frage wie die Schuldenbremse in Bund, Ländern und Kommunen umgesetzt werden kann, sprach sich Priska Hinz für einen Dreiklang aus Ausgabenreduzierung, Subventionsabbau und gerechten Steuerermehreinnahmen aus. Fritz Kuhn zeigte sich überzeugt, dass ein Kurs der Haushaltskonsolidierung mit Zukunftsinvestitionen in Soziales, Bildung und ökologischen Umbau einhergehen muss. Große Übereinstimmung herrschte zum Ende der Konferenz auf dem Podium darüber, dass die Staatsschuldenkrise nur gemeinsam mit der Bankenkrise gelöst werden kann.

[gruene-bundestag.de](http://gruene-bundestag.de) »  
Themen A-Z » Finanzen

# DAS BLITZINTERVIEW:

## DREI FRAGEN AN VALERIE WILMS

Sie ist Sprecherin für Bahnpolitik, aber auch Schifffahrt und Meeresschutz sind ihr weiterhin wichtig. Valerie Wilms will die Schifffahrt umweltfreundlicher machen.

### » Wie lassen sich Schifffahrt und Meeresschutz in Einklang bringen?

Über 90 Prozent des Welthandels werden auf dem Seeweg transportiert. Dabei sind Schiffe noch immer echte Dreckschleuern, die mit steuerfreien Raffinerieabfällen fahren. Umwelt- und Gesundheitsschäden kosten in der EU 15 bis 34 Milliarden Euro. Da muss sich was ändern.

### » Für wie bedrohlich hältst du das Müllproblem?

Das ist ein großes Problem, weil es oft unsichtbar bleibt. In der Nordsee schwimmen etwa 600.000 Kubikmeter Müll – über zwei Drittel davon auf dem Meeresboden. Im Pazifik sieht es noch schlimmer aus: Dort gibt es riesige Müllstrudel. Bisher hat keiner eine Lösung, wie wir das Zeug wieder rauskriegen. Wir müssen mindestens verhindern, dass noch mehr dazu kommt. Dazu brauchen wir zum Beispiel möglichst einfache Entsorgungsmöglichkeiten in allen Häfen und die „fishing-for-litter“-Projekte müssen ausgeweitet werden.

### » Und was hat das Ganze mit Bahnpolitik zu tun?

Grüne Verkehrspolitik setzt auf die Stärken der einzelnen Verkehrsträger und will sie optimal verbinden. Eine entscheidende Herausforderung ist, die Waren von und zu den Häfen zu bringen. Ich will das nicht alles auf der Straße haben. Der Schienentransport ist von entscheidender Bedeutung und hier müssen wir auch investieren und ausbauen.



DR. VALERIE WILMS  
Sprecherin für Bahnpolitik,  
Nachhaltigkeitsbeauftragte

## TERMINE

### INKLUSIVER ARBEITSMARKT

Fachgespräch am 20.1. in Berlin  
AK 1 Koordination  
TEL 030/227 51121  
ak1@gruene-bundestag.de

### VERANTWORTUNGSBEWUSSTER KONSUM STATT MASSENTIERHALTUNG

Konferenz am 21.1. in Berlin  
AK 2 Koordination  
TEL 030/227 59406  
ak2@gruene-bundestag.de

### SONNE STATT KOHLE

Diskussion am 23.1. Region Lützen  
Büro Stephan Kühn MdB  
TEL 030/227 71866  
stephan.kuehn.ma01@bundestag.de

### SELBSTSTÄNDIGE IN DIE GESETZLICHE RENTENVERSICHERUNG

Fachgespräch am 23.1. in Berlin  
AK 1 Koordination  
TEL 030/227 51121  
ak1@gruene-bundestag.de

### ENERGIEWENDE FLOTT MACHEN!

Diskussion am 15.2. in Stuttgart  
mit Jürgen Trittin  
und Franz Untersteller  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
TEL 030/227 55040  
oea@gruene-bundestag.de


### PFLEGE-BÜRGERVERSICHERUNG


Fachgespräch am 23.2. in Berlin  
AK 1 Koordination  
TEL 030/227 51121  
ak1@gruene-bundestag.de

Termine: immer aktuell unter  
gruene-bundestag.de » Termine


## ONLINE

Tagesaktuelle Informationen sowie politische Hintergründe auf [www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)  
Neues und Wissenswertes liefern unsere Newsletter.

 Folgen Sie uns auf Twitter:  
[twitter.com/GrueneBundestag](https://twitter.com/GrueneBundestag)

 Werden Sie Fan bei Facebook:  
[www.facebook.com » Bündnis 90/  
Die Grünen Bundestagsfraktion](https://www.facebook.com/Buendnis90DieGrünenBundestagsfraktion)

 Der grüne Kanal bei YouTube:  
[www.youtube.com/gruene](https://www.youtube.com/gruene)

 Unsere Fotos bei flickr:  
[www.flickr.com/photos/  
gruene-bundestag](https://www.flickr.com/photos/gruene-bundestag)

## PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl. Mehr unter:  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de) »  
Publikationen

### FLYER

Biomasse .....17/58  
Soziale Bürgerrechte .....17/54  
Klimawandel..... 17/52  
Green New Deal .....17/51  
Arbeitnehmerrechte.....17/46

### BROSCHÜREN

Braunkohle.....17/48  
Eurokrise: Fragen & Antworten ...17/59

## READER

Betreuungswesen.....17/60  
Frauen in der Nazi-Szene..... 17/55  
Grüne Stadt der Zukunft..... 17/53  
Intersexualität..... 17/43

Bestellungen an:  
Bündnis 90/Die Grünen Bundestags-  
fraktion, Versand, 11011 Berlin  
oder per E-Mail:  
[versand@gruene-bundestag.de](mailto:versand@gruene-bundestag.de)

